

1. Wird Ihre Partei die Daseinsvorsorge des öffentlichen Dienstes beispielsweise auch durch bedarfsgerechte Personalausstattung sowie der privatisierten Dienstleistungen wie z. B. im ÖPNV insbesondere im ländlichen Raum weiter stärken?

Mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Besoldungsrechts und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften des Landes Mecklenburg-Vorpommern“, das im Mai 2021 im Landtag verabschiedet wurde, sind eine Reihe von Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung und Fachkräftebindung in Kraft getreten. Die Einstiegsgehälter in den Besoldungsgruppen A 13, A 14 und R 1 sollen aufgrund des besonderen Wettbewerbsdrucks um Nachwuchskräfte im Höheren Dienst durch die Streichung der jeweiligen Eingangsstufe erhöht werden. Im privaten Dienstleistungssektor ist es die Aufgabe der Tarifparteien, die Personalausstattung bedarfsgerecht vorzusehen. Die Tarifautonomie ist für uns ein hohes Gut.

2. Wird Ihre Partei wie in der jetzigen Legislaturperiode die künftigen Tarifergebnisse mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten und Versorgungsempfänger übertragen?

Ja, die SPD steht weiterhin für die zeit- und systemgerechte Übertragung künftiger Tarifergebnisse in das Besoldungsrecht.

3. Wird Ihre Partei die Gleichstellung als Querschnittsaufgabe im Regierungshandeln berücksichtigen und mit einer Gleichstellungsstrategie Transparenz schaffen bei der Umsetzung geplanter Maßnahmen?

Für die SPD ist die Gleichstellungspolitik gelebte Praxis, die immer wieder fortentwickelt wird. Dabei nimmt unsere Gleichstellungsstrategie eine wichtige Rolle ein.

4. Wird Ihre Partei sich mit den künftigen Doppelhaushalten für die Einführung des Gender-Budgets und damit für einen geschlechtergerechten Landeshaushalt mit dem Ziel einsetzen, in die Planung der Haushaltsmittel die unterschiedlichen Lebensbedürfnisse von Frauen und Männern einfließen zu lassen?

Für die SPD ist die Gleichstellungspolitik seit Jahrzehnten eine selbstverständliche Querschnitts- und Daueraufgabe. Deshalb werden wir sie auch ständig weiterentwickeln. Mit Blick auf die geforderte Gleichstellungsstrategie für Mecklenburg-Vorpommern wird bei einer konsequenten Umsetzung das Gender-Budgeting zwangsläufig eine wichtige Rolle einnehmen. Der finanzpolitische Baustein für eine gelungene Gleichstellungsstrategie

erkennt die unterschiedlichen Bedürfnisse der Menschen in ihren unterschiedlichen Lebenszusammenhängen an, um mit einer umfassenden Folgenabschätzung für echte Gleichstellung zu sorgen. Dabei muss man im Blick behalten, dass es eine kleinteilige Aufgabe in allen Bereichen sein wird. Daher ist es wichtig, dass diese Aufgabe in den öffentlichen Verwaltungen auf allen Ebenen nicht nur in der Planung, sondern auch in der täglichen Praxis als selbstverständlich angesehen wird. Ein Konzept für den nächsten Doppelhaushalt des Landes MV wurde in unseren Gremien jedoch noch nicht erarbeitet. Einem umsetzungsreifen Vorschlag des dbb gegenüber wären wir aufgeschlossen.

5. Wird Ihre Partei Maßnahmen ergreifen, wonach die Arbeit im öffentlichen Dienst flexibler und familienfreundlicher wird?

Antwort: Die Digitalisierung der Landesverwaltung wird sowohl für die Landesverwaltung selbst als auch für die Bürgerinnen und Bürger zu mehr Flexibilität und Familienfreundlichkeit sorgen. Allein die Möglichkeiten des Homeoffice haben in der Corona-Pandemie gezeigt, dass dieses Verfahren praxistauglich auch gerade für den öffentlichen Dienst ist. Über die bereits eingestellten Haushaltsmittel wurden im MV Schutzfonds zusätzliche Mittel für die schnellere Digitalisierung in allen Bereichen der Landesverwaltung bereitgestellt. Selbstverständlich bleibt die Digitalisierung der öffentlichen Hand auch in der 8. Wahlperiode eine Daueraufgabe, die entsprechend ausfinanziert werden muss.

6. Wird Ihre Partei sich für eine umfassende Analyse der Auswirkungen der Corona-Maßnahmen in allen Bereichen einsetzen und transparent machen?

Es ist von herausragender Wichtigkeit für jetziges und zukünftiges Regierungshandeln, die Auswirkungen der Corona-Maßnahmen zu analysieren, um daraus notwendige Maßnahmen abzuleiten. Diese Analysen und Maßnahmen werden selbstverständlich transparent sein. Denn es werden erforderliche Gesetze und natürlich zukünftige Landeshaushalte in öffentlichen Debatten im Landtag beraten und veröffentlicht. Zu vielen Themen wird es auch wie gewohnt öffentliche Anhörungen im Landtag geben. Auch notwendige Verordnungen werden immer im Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlicht.

7. Wird Ihre Partei sich für Möglichkeiten eines flexiblen Rentenbeziehungsweise Pensionseintritts und für ein gesichertes Leben im Alter einsetzen?

Ein gesichertes Leben im Alter ist für den sozialen Frieden und den Zusammenhalt der Gesellschaft von existenzieller Bedeutung. Mit der durch die SPD im Bundestag initiierte Rente für langjährig Versicherte (Rente mit 63 Jahren) wurde eine gerechte Möglichkeit geschaffen, von der Regelaltersgrenze mit 67 Jahren abzuweichen. Diese Maßnahme

soll nicht zurückgenommen werden. Aber darüberhinausgehende neue Regelungen sind nicht geplant. Die Alterssicherung ist für die SPD von herausragender Bedeutung. Dazu zählt insbesondere die Grundrente für Menschen, die lange gearbeitet und trotzdem wenig Rentenansprüche erworben haben. Bei Versorgungsempfängern sorgt die verfassungsrechtliche Alimentationspflicht für Sicherheit im Alter. In Mecklenburg-Vorpommern ist dies mit dem Landesbesoldungsrecht abgesichert. Daneben unterstützen viele Arbeitgeber durch Betriebsrenten, wie z.B. der öffentliche Dienst mit der VBL.

8. Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass der jeweilige Stellenplan einer Behörde mit der tatsächlichen spitzen Stellenbewertung sowohl für Arbeitnehmer als auch für Beamte in Übereinstimmung gebracht wird?

Unser Ziel ist es, den Stellenplan so umzusetzen, dass die Stellen auch entsprechend der behördlichen Anforderungen besetzt werden. Dabei ist herauszustellen, dass die Stellenbewirtschaftung ein ständiger Prozess ist. Der einmal alle zwei Jahre im Doppelhaushalt festgelegter Stellenplan unterliegt ständiger Veränderungen durch Personalwechsel.

9. Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, Sonderzahlungen (wie Polizei, Feuerwehr, Justiz etc.) ruhegehaltstfähig machen?

Nein, es ist seit vielen Jahren politischer Konsens, dass die Sonderzahlungen die Risiken im aktiven Dienst honorieren. Diese Risiken sind im Ruhestand nicht mehr gegeben.

10. Wird Ihre Partei sich für eine Wiedereinführung der bundeseinheitlichen Besoldung sowie u. a. im Dienstrecht für die Gleichwertigkeit der Dienstpostenbewertung in allen Ländern und beim Bund einsetzen?

Nein, für eine notwendige verfassungsrechtliche Änderung sehen wir zwischen den Ländern und dem Bund auf absehbare Zeit keine politischen Mehrheiten .

11. Wird Ihre Partei sich im Tarifbereich dafür einsetzen, wieder gemeinsam mit Bund, Ländern und Kommunen zu verhandeln? Wenn ja, mit welchen konkreten Maßnahmen werden Sie versuchen, dieses Vorhaben umzusetzen?

Zuletzt hat es 2005 gemeinsame Tarifverhandlungen gegeben. Seitdem verhandeln Bund und Kommunen gemeinsam und die Länder extra für sich. Im Moment gibt es keine konkreten Pläne der SPD, die gemeinsamen Verhandlungen wieder aufzunehmen. Dieser Aufgabe müssen sich insbesondere die Tarifparteien widmen. Wenn auf dieser Ebene Einigkeit erreicht werden kann, sind wir selbstverständlich bereit, das politisch zu begleiten.

12. Wird Ihre Partei weitere Maßnahmen ergreifen, um die Attraktivität der öffentlichen Hand weiter zu erhöhen, um eine Abwanderung zum Bund oder in andere Bundesländer zu verhindern?

Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern steht zum öffentlichen Dienst und zur Stärkung der Tarifbindung. (Siehe auch Antwort zu 1. + 14.)

13. Wird Ihre Partei die Nachwuchsgewinnung spürbar verbessern?

Die besondere Herausforderung in den nächsten Jahren wird die Wiederbesetzung von Stellen sein, die durch Ruhestand und Renteneintritte frei werden. Um den Wissenstransfer erfahrener Mitarbeiter zu den Nachfolgern zu gewährleisten sind bereits mit dem Haushaltsgesetz 2020/2021 entsprechend § 8 Absatz 7 Nr. 13 die Möglichkeit der Doppelbesetzung im Rahmen des Fonds „Handlungsfähige Landesverwaltung“ zur vorfristigen Stellenwiederbesetzung geschaffen.

Um den besonderen Handlungsdruck bei Lehrerstellen in den Schulen zu begegnen, wurde der Bildungspakt für „Gute Schule 2030“ vereinbart. Ziel ist es, den Ausbildungs- und Arbeitsplatz Schule langfristig attraktiver zu gestalten und zukunftsfest zu machen. Im Bereich Bauingenieurausbildung wurden 2,5 Mio. Euro zur Verfügung gestellt, um die standortübergreifende Ausbildung in M-V voranzubringen, sodass mehr Absolventen im Land ihre Arbeit aufnehmen, um dem Fachkräftemangel an der Stelle zu begegnen.

Darüber hinaus haben wir mit dem kürzlich verabschiedeten Besoldungsneuregelungsgesetz MV verschiedene Möglichkeiten geschaffen, um dem Fachkräftemangel zu begegnen und den öffentlichen Dienst als Arbeitgeber attraktiver zu machen.

14. Wird Ihre Partei weitere Vorhaben benennen, die positive Auswirkungen auf den öffentlichen Dienst und den privatisierten Dienstleistungssektor haben?

Ein gut funktionierender und attraktiver öffentlicher Dienst sowie der private Dienstleistungssektor sind essenziell für unser Land, damit die Menschen hier gut und gerne leben. Dafür haben wir umfangreiche Maßnahmen in unser Regierungsprogramm 2021 - 2026 unter dem Titel „Verantwortung für heute und morgen“ geschrieben. Sie können es auf der Homepage des SPD-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern einsehen.